

Antrag

der Abgeordneten Volker Rühle, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Hans-Peter Repnik, Christian Schmidt (Fürth), Reinhard Freiherr von Schorlemer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Dr. Klaus Kinkel, Dr. Werner Hoyer und der Fraktion der FDP

Die zweite Runde der NATO-Erweiterung auch als Beitrag zur Stabilisierung Südosteuropas konzipieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die erste Runde der Erweiterung der NATO mit Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik war ein großer Gewinn für die Stabilität Europas. Durch ihre Fähigkeit, dem Beitrittswunsch der Länder Ostmitteleuropas nachzukommen, hat sich die NATO als unverzichtbare Grundlage der euro-atlantischen Partnerschaft erwiesen. Deutschland sollte aus eigenem Interesse auch bei der schrittweisen Fortsetzung der NATO-Erweiterung eine Führungsrolle wahrnehmen.

Wichtigstes Entscheidungskriterium für die Zusammensetzung der nächsten Beitrittsrunde muss das strategische Ziel sein, die Sicherheit und Stabilität in ganz Europa zu erhöhen. Südosteuropa ist die einzige europäische Region mit erheblichem Krisen- und Konfliktpotential. Zur Stabilisierung dieser Region kann – über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Stabilitätspakt und die EU-Perspektive hinaus – die NATO-Erweiterung in besonderer Weise beitragen.

Im Übrigen muss grundsätzlich allen Ländern, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, auch die Möglichkeit gegeben werden, der NATO beizutreten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich mit Blick auf den NATO-Gipfel im Herbst 2002, soweit es sowohl die jeweilige innenpolitische Lage als auch die Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Handlungsfähigkeit des Bündnisses erlaubt, für den Beitritt Sloweniens, der Slowakei, Bulgariens, Estlands, Litauens, Lettlands und Rumäniens einzusetzen. Dabei sollte sie sich von den Überlegungen leiten lassen,

- dass insbesondere Slowenien, die Slowakei, Estland, Litauen, Lettland sowie Bulgarien in den letzten Jahren beachtliche Erfolge auf dem Weg politischer und wirtschaftlicher Reformen erzielt haben;
- dass eine um Bulgarien und Rumänien erweiterte NATO für den krisengeschüttelten Balkan einen spürbaren Stabilitätsgewinn bedeuten würde und dass diesen Ländern mit Blick auf die Verbindung zur Türkei sowie aufgrund der gemeinsamen Grenze zwischen Rumänien und der Ukraine eine herausgehobene geostrategische Bedeutung zukommt;

- dass die oben genannten sieben Länder auch dann gemeinsam zum Beitritt eingeladen werden sollten, wenn sich die NATO beim nächsten Schritt der Erweiterung erneut auf eine kleine Gruppe beschränken sollte. In diesem Fall sollte die Aufnahme gestaffelt erfolgen;
- dass die Stärkung von Sicherheit und Stabilität in ganz Europa durch die weitere Öffnung der NATO nicht gegen Russland gerichtet ist. Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland sollte intensiviert, ausgebaut und weiter institutionalisiert werden;
- dass die NATO auch für die Mitgliedschaft weiterer Länder Europas offen steht, sobald diese die notwendigen Reformen erfolgreich durchgeführt haben.

Berlin, den 19. April 2002

Volker Rühle
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Hans-Peter Replik
Christian Schmidt (Fürth)
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion
Dr. Helmut Haussmann
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Werner Hoyer
Wolfgang Gerhardt und Fraktion